Ein Bild, das Text, ClipArt enthält.

Automatisch generierte Beschreibung

Ein Bild, das Text, Schrift, Grafiken, Screenshot enthält.

Automatisch generierte Beschreibung

**Vorbereitung für die**

**Hearings der designierten EU-Kommissare nach den EU-Wahlen im Herbst**

Ausarbeitung von Fragen aus dem Bereich der Kreislaufwirtschaft

Wien, 25.06.2024

**Inhaltsverzeichnis**

[Marktüberschwemmung durch Drittland-Produkte 3](#_Toc165021303)

[Abfalltourismus 4](#_Toc165021304)

[Abwanderung der Industrie 5](#_Toc165021305)

[Umsetzung des Deponieverbotes 6](#_Toc165021306)

[Batteriepfand 7](#_Toc165021307)

[Rohstoffsicherheit 8](#_Toc165021308)

[Verbrennungsrückstände 9](#_Toc165021309)

[Recyclingtechnologien 10](#_Toc165021310)

[Sortierkapazitäten für Textilien 11](#_Toc165021311)

[Klärschlamm 12](#_Toc165021312)

[Biobasierte Düngemittel 13](#_Toc165021313)

[Vorsorge im Umweltschutz 14](#_Toc165021314)

[Ökodesignrichtlinie - Produktpass 15](#_Toc165021315)

[Ökodesignrichtlinie – Schutzvorkehrungen für Einsatzkräfte 16](#_Toc165021316)

[Zertifizierung 17](#_Toc165021317)

[Bioökonomie / Kompost 18](#_Toc165021318)

[Kohlenstoffabscheidung- nutzung- und speicherung 19](#_Toc165021319)

[Recht auf Reparatur 20](#_Toc165021320)

[Emissionshandelsystem – thermische Verwertung und Deponien 21](#_Toc165021321)

[Vergaberecht in Richtung ESG 22](#_Toc165021322)

[Resiliente Abfallwirtschaft 23](#_Toc165021323)

# Marktüberschwemmung durch Drittland-Produkte

|  |
| --- |
| **Frage** |
| Die Flut von Billigproduktimporten aus dem außereuropäischen Ausland, vor allem über Quick Commerce- Plattformen schwächt den heimischen Handel und nutzt Lücken im Zollrecht bewusst aus. So wirft etwa die Volksrepublik China große Mengen günstiger Produkte auf den Weltmarkt und bedroht damit ganze Branchen. Neben einer Überlastung der Zollbehörden übersteigen die Kosten einer ordnungsgemäßen Abfallentsorgung oft die Erzeugungskosten der Produkte selbst. Gleichzeitig gelangen durch die fehlende Anpassung geltender Gesetze and die digitale Welt Produkte mit gesundheitsschädlichen Chemikalien in den europäischen Markt. **Wie wollen sie eine innereuropäische Nachhaltigkeit von Produkten gewährleisten, da Importe oft keinerlei Restriktionen unterliegen und eine Überschwemmung des Marktes bedeuten?** |
| **Nachfrage** |
| * Würden Sie eine Senkung der Zollfreigrenze auf null Euro befürworten? |

|  |
| --- |
| **Hintergrund** |

Solarpanels, E-Autos, Windkraftanlagen, Billigkleidung und Plastikramsch – Chinesische Konzerne schlagen ihre Produkte um jeden Preis im Ausland los und exportieren damit ihre Probleme vor allem nach Europa. Viele Hersteller sitzen auf gewaltigen Überkapazitäten und bieten ihre Waren zur Auslastung ihrer Fabriken zu Dumpingpreisen in Europa an. So verfügt die chinesische Industrie über so große Produktionskapazitäten für die Herstellung von Solarpanels, um damit die ganze Nachfrage auf der Welt mindestens 2,5-mal zu befriedigen. Um nicht gänzlich aus dem Markt gedrängt zu werden, erhalten Forderungen nach Anti-Dumping-Verfahren europäischer Branchen immer mehr Berechtigung. Zusätzlich kann etwa im Internet gekauftes Spielzeug für Kinder kann gesundheitsschädliche Chemikalien in hohen Konzentrationen enthalten, die in der EU eigentlich verboten sind. Durch den boomenden Onlinehandel fallen immer häufiger Produkte auf, die mit Weichmachern oder anderen krebserregenden Stoffen belastet sind. Einer vergleichbaren Überprüfung der Produkte wie etwa bei stationärem Handel hinkt man deutlich hinterher. Plattformen wie Amazon, Ebay oder Alibaba befinden sich in einem „rechtlichen Freiraum“, in dem sie die Schutzvorschriften aufgrund fehlender Konsequenzen leicht umgehen können.

# Abfalltourismus

|  |
| --- |
| **Frage** |
| Die Abfallverbringungsverordnung **1013/2006** regelt die Verfahren und Kontrollregelungen für die Verbringung von Abfällen, die von dem Ursprung, der Bestimmung, dem Transportweg, der Art der verbrachten Abfälle und der Behandlung der verbrachten Abfälle am Bestimmungsort abhängen. Ungeachtet der Bestimmungen wurden Abfälle aus der Europäischen Union häufig in Drittländer exportiert, deren Qualitätsbestimmungen nicht jenen der EU entsprechen. Mit den im Februar 2024 beschlossenen strengeren Regeln zur Abfallverbringung setzt die EU nun einen Schritt für eine umweltgerechte Verbringung von Abfällen in Drittländer.  **Wie können Sie sicherstellen, dass jene strengeren Entsorgungspraktiken umgesetzt werden und Umgehungsstrukturen der Abfallverbringung durch Exporte in Drittländer Einhalt geboten wird?** |
| **Nachfrage** |
| *-* |

|  |
| --- |
| **Hintergrund** |

In der EU fallen jedes Jahr rund 2,1 Milliarden Tonnen Abfall an. Neben dem Ziel, 60 Prozent der von den Kommunen gesammelten und behandelten Alltagsabfälle bis 2030 wiederzuverwenden oder zu recyceln, müssen EU-Mitgliedstaaten gemäß der Richtlinie über Abfalldeponien die Menge der auf Deponien verbrachten Siedlungsabfälle bis 2035 auf zehn Prozent oder weniger des gesamten Siedlungsabfallaufkommens reduzieren. Einen beträchtlichen Anteil ihrer Abfälle exportiert die EU in Länder außerhalb der europäischen Union – Im Jahr 2022 betrug dieser Anteil rund 32,1 Millionen Tonnen und damit etwa 16% der globalen Abfallverbringung. Der Großteil der in Drittstaaten verbrachten Abfälle (55 Prozent) besteht aus Eisenmetallabfällen (Eisen und Stahl), die hauptsächlich in die Türkei gehen. Weiters exportiert die EU auch viele Papierabfälle (15 Prozent), primär nach Indien.

Um gegen illegale Ausfuhren vorzugehen und sicherzustellen, dass die Abfälle in den Bestimmungsländern umweltgerecht entsorgt werden, wurden erst im Februar 2024 strengere Regeln für die Verbringung von Abfällen in Drittländer vom EU-Parlament gebilligt, deren Regeln die Ausfuhr von Kunststoffabfällen in Nicht-OECD-Länder verbieten und strengere Bedingungen für die Ausfuhr in OECD-Länder einführen. Die Verbringung von Abfällen in einen anderen EU-Mitgliedstaat wird nur in Ausnahmefällen möglich sein.

# Abwanderung der Industrie

|  |
| --- |
| **Frage** |
| Die Weltwirtschaft steht am Beginn einer fundamentalen grünen Wende hin zu klimafreundlichen Technologien. Im Sommer 2022 haben die USA mit dem Inflation Reduction Act (IRA) für die kommenden zehn Jahre ein Maßnahmenpaket zur Unterstützung grüner und klimafreundlicher Industrien verabschiedet, unter der Prämisse, dass dazugehörige Produkte in den USA hergestellt werden. Im internationalen Wettbewerb spricht viel dafür, dass es ein Verlustgeschäft für Industrielle sein könnte, noch länger in Europa zu bleiben. **Welche Maßnahmen gedenken Sie zu unternehmen, um Rahmenbedingungen für eine Re- statt Deindustrialisierung zu schaffen und eine Abwanderung der Industrie zu vermeiden?** |
| **Nachfrage** |
| *-* |

|  |
| --- |
| **Hintergrund** |

Fehlende Fachkräfte, hohe Energiekosten und steigende regulatorische Anforderungen gefährden zunehmend den Standort Europa: Während strengere Anforderungen an Qualität und Nachhaltigkeit umgesetzt werden müssen, schmälern explodierende Kosten für Personal, Energie, Rohstoffe, Logistik und Nachhaltigkeitsberichterstattung die Profitabilität der europäischen Industrie und nähren damit die Gefahr einer beschleunigten Abwanderung ins Ausland. Staatlich subventionierte Unternehmen in China setzen europäische Konkurrenten unter Druck, während der US-Inflation Reduction Act (IRA) viele Unternehmen mit günstigeren Energiekosten anlockt und Indien als Produktions-, Entwicklungs- und Absatzmarkt immer mehr an Relevanz gewinnt.

Zwar hat die EU auf ihre Abhängigkeit von China und die Folgen des russischen Einmarschs in die Ukraine reagiert, indem sie ihre Industriepolitik neu ausgerichtet und staatliche Beihilfen ausgeweitet hat. Dennoch fehlt es an einem umfassenden Budget für gemeinsame Investitionen. Ohne stärkere Maßnahmen könnten europäische Industrien laut Wirtschaftsverbänden aussterben. Für den Verbleib wichtiger industrieller Wertschöpfungsteile müssen die Verfügbarkeit von Energie, Fachkräften und Rohstoffen zu vertretbaren Rahmenbedingungen deutlich verbessert werden, um die Zukunft und die globale Relevanz des Industriestandortes Europa abzusichern.

# Umsetzung des Deponieverbotes

|  |
| --- |
| **Frage** |
| Als Teil des Pakets zur Kreislaufwirtschaft wurde 2018 die Deponierichtlinie aktualisiert und damit neue Höchstwerte für die auf Deponien abgelagerten Siedlungsabfälle festgelegt – Damit bleiben trotz der nötigen Förderung für Recycling in der Abfallhierarchie bis 2040 weiterhin Ausnahmeregelungen bestehen - Die langjährige Verzögerung bei der Umsetzung der Deponierichtlinie verdeutlicht die Herausforderungen einer Treibhausgassenkung in der Abfallwirtschaft und dessen Auswirkungen auf die Recycling- und Klimaziele. **Wie gedenken Sie, nach einer Verzögerung von mittlerweile 15 Jahren, das Deponierungsverbot effektiv und schnell umzusetzen, um die Recyclingbemühungen zu unterstützen und die gesetzten Klimaziele zu erreichen?** |
| **Nachfrage** |
| *-* |

|  |
| --- |
| **Hintergrund** |

In der 1999 beschlossenen Deponierichtlinie 1999/31/EG über Abfalldeponien sind neben der Verpflichtung, das Entstehen von Methangas in Deponien zu verhindern und damit die Erwärmung der Erdatmosphäre einzudämmen, eine effektive Gaskontrolle für Deponien zu gewährleisten und die die Ablagerung von organischem Abfall deutlich zu reduzieren, Hauptziele der Richtlinie.

Für letzteres gibt die Richtlinie eine schrittweise Verringerung der zu deponierenden biologisch abbaubaren Siedlungsabfälle vor, deren Zielvorgaben im Jahr 2018 mit der EU-Richtlinie 2018/850 als Teil des Pakets zur Kreislaufwirtschaft aktualisiert und um eine weitere Zielvorgabe ergänzt wurde. (Artikel 5 Absatz 5). Wesentlicher Inhalt dieser Ergänzung ist, dass die maximale Deponierate ab dem Jahr 2035 nur noch 10 % betragen darf. Damit bleiben bis 2040 weiterhin Ausnahmereglungen bestehen, die nicht im Einklang mit der Erreichung der gesetzten europäischen Klimaziele stehen.

# Batteriepfand

|  |
| --- |
| **Frage** |
| Als Teil des Europäischen Green Deals umfasst die bereits im Februar 2024 in Kraft getretene Batterieverordnung den gesamten Lebenszyklus der Batterie, von der Herstellung bis zum Recycling. Im Schnitt befinden sich in Österreich in einer Tonne Restmüll derzeit etwa zwei Lithium-Batterien, jährlich summiert sich dies auf etwa drei Millionen Stück. Wegen ihrer hohen Energiedichte bergen Batterien ein großes Brandrisiko, das Ergebnis daraus sind massive Folgeschäden auf der gewerblichen und kommunalen Versorgerseite und exorbitante Summen, die von keiner Versicherung abgedeckt werden. **Wie gedenken Sie, mit Lithium-Ionen-Batterien und Akkus umzugehen und das Problem steigender Stückzahlen im Restmüll zu lösen?** |
| **Nachfrage** |
| * Können Sie sich vorstellen, ein Pfandsystem zu etablieren oder sehen sie andere Lösungen, um Batterien fachgerecht zu sammeln und aus gemischten Abfällen zu entfernen? |

|  |
| --- |
| **Hintergrund** |

Über elektrische Einweg-Zigaretten oder kabellose Knopf-Kopfhörer landen Lithium-Ionen-Batterien immer häufiger im Restmüll. So finden sich pro Tonne Abfall zwei Batterien oder jährlich fast drei Millionen Stück allein in Österreich im Restmüll. Batterien im Restmüll bergen wegen ihrer hohen Energiedichte bereits bei kleinster Reibung ein großes Brandrisiko, gefährden Mitarbeiter und verursachen bei Entsorgungsbetrieben Schäden in Millionenhöhe, denn die Akkus können sich in Müllfahrzeugen, Sortier- oder Recyclinganlagen leicht entzünden. Die Batteriemenge im Restmüll hat sich allein in Österreich in den letzten sechs Jahren verdoppelt, ohne Gegenmaßnahmen wird eine weitere Verdoppelung auf sechs Millionen Stück erwartet. Ein wesentlicher Grund dafür ist die massive Zunahme von im Umlauf befindlichen Lithiumbatterien und der niedrigen gesetzlichen Sammelquote von 45 Prozent. In der seit Februar 2024 geltenden EU-Batterieverordnung, die den gesamten Lebenszyklus der Batterie, von der Herstellung bis zum Recycling umfasst, ist derzeit kein Batteriepfand vorgesehen.

# Rohstoffsicherheit

|  |
| --- |
| **Frage** |
| In vielen industriellen Sektoren, etwa in der Bauindustrie, ist die Verwendung recyclingfähiger Materialen integraler Bestandteil der europäischen Klimastrategie. **Wie beabsichtigt die Kommission, die Verfügbarkeit von Recyclingbaustoffen sowie anderen wichtigen Rohstoffen wie Phosphor und anderen Materialien sicherzustellen, um den Bedarf verschiedener Sektoren im Rahmen der Dekarbonisierung und der Energiewende zu decken?** |
| **Nachfrage** |
| * In Österreich ist dies durch die Recyclingbaustoffverordnung gut geregelt - Unklar ist jedoch, welche Stoffe als Anrechnung an die Recyclingquote gehen könnten. Gedenken Sie, Recyclingquoten für jene Baustoffe zu etablieren? |

|  |
| --- |
| **Hintergrund** |

Die weltweit fortschreitende Urbanisierung führt zu einer anhaltend steigenden Nachfrage nach Flächen und Rohstoffen. Nicht nur Beton, auch Stahl, Glas, Holz und zahlreiche weitere Materialien sind regional so stark gefragt, dass die Nachfrage oft nicht zeitnah bedient werden kann. Die Bauindustrie ist weltweit einer der größten Verbraucher natürlicher Ressourcen und erheblicher Treibhausgasemittent. Die damit verbundenen Auswirkungen auf die Umwelt und das Klima sind vielfältig. Mit Blick auf eine nachhaltige Entwicklung steht die Baubranche daher vor einer großen Herausforderung, alternative Recyclingbaustoffe sind gefragt. Zementproduktion verursacht erhebliche CO2-Emissionen, und der Abbau von Sand und Kies gefährdet die Biodiversität. Nachhaltige Alternativen und ressourcenschonende Bauweisen sind nötig, um die Umweltbelastung zu reduzieren und die Klimaziele zu erreichen. So können beispielsweise Materialien für die Wärmedämmung aus nachwachsenden Rohstoffen gewonnen werden. Dazu zählen Holzfasern, Zellulose aus Altpapier, Hanf, Flachs, Schafwolle, Stroh, Schilf und Seegras, die in ihrer Dämmleistung mit nicht nachwachsenden Dämmstoffen wie Polystyrol vergleichbar sind und ebenfalls die Brandschutzvorgaben erfüllen.

# Verbrennungsrückstände

|  |
| --- |
| **Frage** |
| In der Abfallrahmenrichtlinie ist unter anderem festgelegt, dass Metalle, die im Anschluss an die Verbrennung von Siedlungsabfällen von den Verbrennungsrückständen getrennt wurden, für die Berechnung der Recyclingquote berücksichtigt werden können, wenn die Metalle bestimmte Qualitätskriterien erfüllen.  **Gedenken Sie, dass neben den Metallen auch andere Wertstoffe (wie Glas, mineralische Bestandteile oder Salze), die aus Verbrennungsrückständen abgetrennt und einem Recycling zugeführt werden, für die Berechnung von Recyclingquoten berücksichtigt werden können?** |
| **Nachfrage** |
| *-* |

|  |
| --- |
| **Hintergrund** |

Die Abfallrahmenrichtlinie 2018/851 legt unter Artikel 11a Absatz 6, den Bestimmungen für die Berechnung der Erreichung der Zielvorgaben, fest, dass bei der Berechnung, ob die Zielvorgaben für die Vorbereitung zur Wiederverwendung und das Recycling erreicht werden, die Mitgliedstaaten das Recycling von Metallen berücksichtigen können, die im Anschluss an die Verbrennung von Siedlungsabfällen von den Verbrennungsrückständen getrennt werden.

Im Juli 2023 veröffentlichte die EU-Kommission ihren neuen Vorschlag zur Überarbeitung der Abfallrahmenrichtlinie, die sich primär auf die Erweiterte Herstellerverantwortung zu Textilien und der Reduktion von Lebensmittelabfällen fokussiert. Eine Berücksichtigung anderer Wertstoffe wie etwa Glas, mineralische Bestandteile oder Salze zur Berechnung von Recyclingquoten ist hingegen derzeit jedoch nicht Gegenstand der Überarbeitung.

# Recyclingtechnologien

|  |
| --- |
| **Frage** |
| Für bestimmte Stoffe und neue Materialien, wie etwa Karbon- und Glasfasern gibt es derzeit kein bestehendes Recyclingverfahren. Mit einem seit 2023 in Kraft getretenen Ablagerungsverbot und der Stilllegung von Verbrennungsanlagen für jene Materialien wurde als Ziel ausgegeben, in der Zwischenzeit Recyclingtechnologien für diesen Markt zu entwickeln. **Wie gedenken Sie, Recyclingtechnologien von neuen Materialien zu fördern und diese marktfähig zu machen, wenn diese noch nicht vorhanden sind?** |
| **Nachfrage** |
| * Auch für bestehende Materialien fehlen wie etwa im Textilbereich fehlen großwirtschaftliche Technologien. Welche Umsetzungsstrategien zur Förderung benötigter Anlagen können sie sich vorstellen? (siehe Frage #9) |

|  |
| --- |
| **Hintergrund** |

Der stetige Anstieg (zwischen 2010 und 2017 um ca. 11,45 % jährlich, für 2022 wurde ein weltweiter Bedarf von 199.000 Tonnen geschätzt) der Carbonfaser-Produktion führt zwangsläufig auch zu einem Anstieg der Menge des zu verarbeitenden Carbonfaser-Abfalls: Eine Wiederverwertung von Carbonfasern ist von hoher wirtschaftlicher Bedeutung.

Carbonfaser wird aufgrund des Deponierungsverbots in Müllverbrennungsanlagen entsorgt. Die zu kurze Verweildauer für eine vollständige Verbrennung der Fasern führt zu Störungen in Gewebefilteranlagen und elektrostatischen Abscheidern. Außerdem verunreinigen mikroskopisch kleine Carbonfasern Aschen und Schlacken, die in Deutschland als krebserregend eingestuft werden - Eine Müllverbrennung von Carbonfasern ist rechtlich sowie verfahrenstechnisch allerdings sehr kompliziert bis unmöglich.

Möglich ist jedoch ein Carbonfaser-Recycling durch thermochemische Verfahren: Beim Recycling der Fasern müssen diese von ihrer Kunststoffmatrix befreit werden. Hierzu hat sich die Pyrolyse als brauchbarstes Verfahren herausgestellt. Bei hohen Temperaturen unter Sauerstoffausschluss zerfällt die Kunststoffmatrix, hinterlässt jedoch Kohlenstoffablagerungen auf den Fasern. Im Stand der Technik existiert derzeit kein Verfahren, das eine Aufbereitung von Carbonfasern zu Qualitäten erlaubt, die mit denen neuwertiger Carbonfasern vergleichbar sind.

Ähnliches gilt für Glasfasern, deren Bedarf für 2025 in Europa auf etwa 1.594.000 t geschätzt wird.

# 

# Sortierkapazitäten für Textilien

|  |
| --- |
| **Frage** |
| Der Textilsektor ist ein bedeutender Umweltfaktor entlang seiner gesamten Wertschöpfungskette und wird im Rahmen des europäischen Grünen Deals deshalb auch als einer der ressourcenintensivsten Sektoren betrachtet. Aufgrund des starken Verbrauchs und der verkürzten Nutzungsdauer steigt die Menge an Alttextilien, die jedes Jahr anfallen, rapide an. Deshalb wurde bereits in der Überarbeitung der EU-Abfallrahmenrichtlinie 2018 eine Getrenntsammlungspflicht ab dem 01.01. 2025 für Textilien festgelegt. Anders als bei Leichtverpackungen ist eine optische und sensorische Sortierung bei Textilien schwieriger und entsprechende Infrastruktur in Form von zentralen Sortieranlagen fehlt. **Welche Strategien verfolgen Sie, um Sortierbarkeit bei Textilien zu gewährleisten und Sortierkapazitäten für Alttextilien zu schaffen?** |
| **Nachfrage** |
| - |

|  |
| --- |
| **Hintergrund** |

Der Textilsektor steht vor erheblichen Herausforderungen aufgrund unzureichender Sortierkapazitäten, die für ein effektives Abfallmanagement und Recycling entscheidend sind. Im Jahr 2020 erzeugte die EU etwa 6,95 Millionen Tonnen Textilabfälle, was ungefähr 16 kg pro Person entspricht. Davon wurden nur 4,4 kg pro Person getrennt für Wiederverwendung und Recycling gesammelt, während die restlichen 11,6 kg im gemischten Hausmüll landeten, oft zur Verbrennung oder Deponierung bestimmt. Das Fehlen einer angemessenen Sortierinfrastruktur untergräbt nicht nur die Recyclingbemühungen, sondern verschärft auch die Umweltverschmutzung und Probleme beim Abfallmanagement.

In mehr als der Hälfte der EU-27-Mitgliedstaaten ist die getrennte Sammlung von Textilien zwar Pflicht, aber der Schwerpunkt liegt hauptsächlich auf der Erfassung wiederverwendbarer Textilien und nicht auf dem Recycling. Ohne eine Ausweitung der Sortier- und Recyclingkapazitäten wird ein erheblicher Teil der gesammelten Textilabfälle weiterhin in Länder außerhalb der EU exportiert, wo die Umweltstandards möglicherweise niedriger sind. Dies birgt Risiken des Missmanagements und Umweltschäden in den Importländern.

Darüber hinaus stehen die derzeitigen Sammelsysteme, die hauptsächlich auf Straßencontainer und kommunale Sammelstellen basieren, vor Herausforderungen wie Kontamination und Ineffizienz. Eine Verbesserung der Sortierkapazitäten innerhalb der EU würde sicherstellen, dass Textilien angemessen verarbeitet werden, die Abhängigkeit von Exporten verringern und die Kreislaufwirtschaft unterstützen. Die Harmonisierung von Definitionen und die obligatorische Berichterstattung über das Textilabfallmanagement sind wesentliche Schritte, um zukünftige Ziele zu setzen und Fortschritte zu überwachen, letztendlich zur Förderung einer nachhaltigen und ressourceneffizienten Textilindustrie in Europa.

# Klärschlamm

|  |
| --- |
| **Frage** |
| Die derzeit gültige Klärschlamm-Richtlinie stammt aus dem Jahr 1986 und wurde seither nicht wesentlich aktualisiert, der Wissenstand über Schadstoffbelastungen im Klärschlamm und Herausforderungen im Zusammenhang mit Phosphorrückgewinnung hat sich jedoch in den letzten Jahrzehnten deutlich verändert. Klärschlamm wird mittlerweile insbesondere auch zur Energiegewinnung genutzt und in einigen Mitgliedstaaten gelten bereits höhere Grenzwerte für Schadstoffe in Böden.  **Sehen Sie nach der im letzten Jahr erfolgten Bewertung die Notwendigkeit zur Überarbeitung der Richtlinie, und wenn ja, welche Teilbereiche bedürfen primär einer Überarbeitung und welche Bereiche einer Erweiterung bzw. zusätzlichen Regulierung?** |
| **Nachfrage(n)** |
| * Wie stellen Sie sich den zukünftigen Umgang mit der organischen Substanz und den wertvollen Nährstoffen insbesondere Phosphor, Kalium und Stickstoff im Klärschlamm vor? * Verfolgen Sie den Weg der Technologieoffenheit (Kompostierung, Hydrothermale Karbonisierung, Vergärung, Monoverbrennung etc) bei der weiteren Verwendung von Klärschlamm oder schränken Sie diese bewusst auf die Monoverbrennung ein? * Welche Fördermittel stellen Sie den jeweiligen Betrieben zur Verfügung? * Gibt es Überlegungen hinsichtlich einer Regulierung der direkten landwirtschaftlichen Ausbringung von Klärschlamm? |

|  |
| --- |
| **Hintergrund** |

Die Kompostierung von Qualitätsklärschlamm leistet einen wesentlichen Beitrag zur Nährstoff- und Humusversorgung im Rahmen der EU-Kreislaufwirtschaft. Qualitätsklärschlammkompost liefert nicht nur wertvolle Pflanzennährstoffe wie Phosphor, Stickstoff, Kalium, Schwefel und Kalzium, sondern auch organische Substanz. Der Humuserhalt- und Aufbau spielt eine zentrale Rolle für die nachhaltige Resilienz fruchtbarer Böden. Mit der Kompostierung steht eine bewährte Verwertungsschiene für biogene Abfälle zur Verfügung, um diese in geschlossene Stoffkreisläufe zurückzuführen. Neben verfügbarem Phosphor bleiben so auch alle anderen wesentlichen Nährstoffe und die organische Substanz als Basis für den Humusaufbau, erhalten. Umso wichtiger ist es, der Kompostbranche in Europa ein nachhaltiges Wirtschaften zu ermöglichen und im Sinne der Abfallhierarchie die Kompostierung einer thermischen Verwertung von Klärschlamm jedenfalls vorzuziehen.

# Biobasierte Düngemittel

|  |
| --- |
| **Frage** |
| Derzeit werden in der Landwirtschaft nach wie vor primär konventionelle Düngemittel verwendet. **Wie gedenkt die Kommission für biobasierte Düngemittel resilienter in innereuropäischen Grenzen zu operieren und einen Markthochlauf schaffen?** |
| **Nachfrage** |
| * In der Praxis herrscht nach wie vor die Unklarheit, ob die Vergärung als stoffliche Verwertung gesehen wird. Ist es angedacht, dies durch eindeutige Benennung der Vergärung als stoffliche Verwertung in den angeführten Behandlungsmethoden im Anhang der Abfallrahmenrichtlinie eindeutig klarzustellen? * Fehlende Klarstellungen gestalten sich nach wie vor als Hindernis für einen Markthochlauf biobasierter Düngemittel, z.B. braucht es klare Regeln, ab wann organische Abfälle, die einer stofflichen Verwertung durch Vergärung, Hydrothermale Karbonisierung oder Kompostierung unterzogen werden, ihre Abfalleigenschaft verlieren. Ist es vorgesehen, dies sowohl in der EU-Abfallrahmenrichtlinie, Düngemittel-VO als auch als Vorgabe für die nationalen Düngemittelgesetze in den Mitgliedsstaaten zu konkretisieren? |

|  |
| --- |
| **Hintergrund** |

Die Verwertung biogener Abfälle stellt einen essenziellen Bestandteil für eine effiziente

Kreislaufwirtschaft dar: Mit der Kompostierung, hydrothermaler Karbonisierung und Vergärung stehen Verwertungsschienen für biogene Abfälle zur Verfügung, um diese in geschlossene Stoffkreisläufe zurückzuführen und damit einen wichtigen Beitrag zur Erreichung der Recyclingziele und Nachhaltigkeit zu leisten. Die Vergärung organischer Abfälle ist eine Kombination aus stofflicher und energetischer Verwertung.

Um einen Markthochlauf biobasierter Düngemittel zu vereinfachen, ist eine Abbildung durch die Abfallrahmenrichtlinie essenziell, etwa durch es einer eindeutigen Kenntlichmachung, dass die Biogastechnologie eine Form der stofflichen und nicht bloß der energetischen Verwertung darstellt (vergleichend dazu Art 22 Abs. 2a der Abfallrahmenrichtlinie 2018/851/EU). Hierfür bedarf es einer Klarstellung, dass die Vergärung bei nachfolgender Anwendung des Gärproduktes als Dünger eine stoffliche Verwertung darstellt, nicht nur als Fußnote (Änderung des Anhang II: Vergärung: Behandlungsmethode: R3; in Verbindung mit Artikel 4 Absatz 1 Buchstabe c und 2011/753/EU Artikel 2 Nummer 6). Die Praxis zeigt, dass die fehlende explizite Nennung oft zu Unklarheiten führt. Zusätzlich braucht es klare Regeln für das Abfallende und auch Ende des Geltungsbereiches von tierischen Nebenprodukten, wenn durch die Vergärung von organischen Abfällen ein Produkt generiert wird, welches als biobasiertes Düngemittel eingesetzt werden kann.

# Vorsorge im Umweltschutz

|  |
| --- |
| **Frage** |
| Für derzeit behandelte Verordnungen wie etwa der Verpackungsverordnung stützt sich die Rechtsgrundlage auf Artikel 114 des Vertrags über die Arbeitsweise der Europäischen Union (AEUV). Dieser Artikel ermöglicht es, Maßnahmen zur Angleichung der Umweltschutzstandards zu erlassen, um einheitliche Umweltschutznormen im gesamten Binnenmarkt sicherzustellen. Dank Artikel 192 (AEUV) kann abweichend davon der Rat einstimmig Vorschriften in bestimmten Bereichen wie Raumordnung, Wassermanagement und Energieversorgung erlassen. **Gedenken Sie, Rechtsvorschriften der Europäischen Kommission zur Vorsorge im Umweltschutz zukünftig verstärkt auf Artikel 192 statt 114 aufzubauen?** |
| **Nachfrage** |
| - |

|  |
| --- |
| **Hintergrund** |

Der seit Dezember 2009 in Kraft getretene Vertrag über die Arbeitsweise der Europäischen Union (AEUV) bildet die Grundlage des EU-Rechts und legt die Grundsätze und Ziele der EU sowie die Handlungsmöglichkeiten in ihren Politikbereichen fest und ist neben dem Vertrag über die Europäischen Union (EUV) einer der beiden vorrangigen Verträge der EU. Diese enthalten in der Präambel jene Formulierung des Gründungsvertrages der Europäischen Gemeinschaft, „die Grundlagen für einen immer engeren Zusammenschluss der europäischen Völker zu schaffen“. Der umfangreichste Teil des AEUV (Artikel 26 bis 197) legt die Rechtsgrundlage für die internen Politiken und Maßnahmen der EU u.a in den Bereichen Binnenmarkt, gemeinsamer Agrarpolitik, Wirtschafts- und Währungspolitik, Industrie, Verkehr oder Verbraucherschutz fest, auf dessen Grundlage sich geltende Richtlinien stützen. Am Beispiel der Verpackungsverordnung bildet im Kapitel Angleichung der Rechtsvorschriften Artikel 114 AEUV die Rechtsgrundlage und ermöglicht es der EU, die Vorschriften und Verwaltungsmaßnahmen in allen Mitgliedstaaten zu harmonisieren und im gesamten Binnenmarkt sicherzustellen. In bestimmten Bereichen, etwa der Raumordnung, Wassermanagement und Energieversorgung kann der Rat jedoch abweichend davon einstimmig Vorschriften geltend auf Artikel 192 (AEUV) erlassen. Somit bietet Artikel 192 des AEUV einen umfassenden und flexiblen rechtlichen Rahmen, der es der EU ermöglicht, effektive und angepasste Umweltpolitik zu gestalten und umzusetzen. Dies ist entscheidend, um den Umweltschutz in der EU nachhaltig zu stärken und sicherzustellen, dass umweltpolitische Maßnahmen wirksam und gerecht verteilt sind.

Am Beispiel der Verpackungsverordnung ist deshalb festzustellen, dass umweltpolitische Maßnahmen, die auf Artikel 114 AEUV basieren, zwar Umweltaspekte berücksichtigen können, aber primär auf die Harmonisierung des Binnenmarktes abzielen. Der Umweltschutz steht nicht im Vordergrund und kann durch wirtschaftliche Interessen beeinträchtigt werden. Artikel 192 AEUV wäre daher eine geeignetere Rechtsgrundlage, wenn der Umweltschutz das primäre Ziel der Maßnahme ist.

# Ökodesignrichtlinie – Digitaler Produktpass (DPP)

|  |
| --- |
| **Frage** |
| Mit der neuen Ökodesign-Verordnung sollen nachhaltige Produkte zur neuen Norm in der EU werden, indem sie deren Energieeffizienz, Langlebigkeit, Wiederverwendbarkeit und Recyclingfähigkeit fördert. Um die Nachhaltigkeitsziele zu unterstützen und Verbrauchern umfassende Informationen über die Umweltauswirkungen von Produkten zur Verfügung zu stellen, ist die Einführung eines digitalen Produktpasses (DPP) von großer Wichtigkeit. **Setzen sie sich für eine ehestmögliche Umsetzung des Produktpasses in allen Branchen ein?** |
| **Nachfrage(n)** |
| * Gedenken sie Produktplan-Verpflichtungen sowohl auf Hersteller als auch auf Inverkehrbringer anzuwenden und welchen zeitlichen Rahmen haben Sie für die Umsetzung eines Produktpasses anberaumt? * Stellt die Europäische Kommission zwischen alten und neuen Produktpässen eine Schnittstelle zur Verfügung? * Wie können diese Daten harmonisiert und kombiniert werden, ohne dabei zusätzliche, übermäßig verwaltungsaufwändige Systeme zu schaffen? |

|  |
| --- |
| **Hintergrund** |

Ende November 2023 veröffentlichte die Europäische Kommission eine Verordnung zur Schaffung eines Digitalen Produktpasses (DPP). Ziel jenes DPP ist es, Transparenz über den gesamten Lebenszyklus eines Produkts zu schaffen. Er wird umfassende Informationen über Identität, Herkunft, Zusammensetzung, Umweltauswirkungen sowie die Reparatur- und Recyclingfähigkeit eines Produkts enthalten, die über einen QR-Code oder Hyperlink abrufbar sind. Der DPP soll Verbrauchern helfen, nachhaltigere Kaufentscheidungen zu treffen und Herstellern Anreize bieten, umweltfreundlichere Produkte zu entwickeln. Dies wird die Reparaturfähigkeit und Recyclingfähigkeit von Produkten verbessern, was zur Verlängerung ihrer Lebensdauer und zur Wiederverwendung von Rohstoffen beiträgt. Ab 2026 sollen die ersten DPP zunächst für Batterien verpflichtend eingeführt werden. Parallel fördert die EU bereits erste Produktpassansätze für die Bereiche Textilien, Automobil und Elektrogeräte. Die EU plant, die Verordnung alle drei Jahre zu überprüfen und anzupassen, was zu einer Erweiterung der verpflichtenden Produktgruppen führen könnte.

# Ökodesignrichtlinie – Schutzvorkehrungen für Einsatzkräfte

|  |
| --- |
| **Frage** |
| Im Jahr 2023 verzeichnete die Europäische Union einen Anteil von rund 14,6 Prozent an Elektroautos bei Pkw-Neuzulassungen. Im Kontext von Katastropheneinsätzen und Unfällen stellt die unklare Lokalisierung von Batterien eine lebensgefährliche Herausforderung für Rettungskräfte dar. **Wie können gemäß der Ökodesignrichtlinie wirksame Schutzvorkehrungen für Einsatzkräfte entwickelt und implementiert werden, insbesondere vor dem Hintergrund der zunehmenden Elektrifizierung im Straßenverkehr?** |
| **Nachfrage** |
| - |

|  |
| --- |
| **Hintergrund** |

Grundsätzlich stellen in Brand geratene Stromer höhere Anforderungen an Einsatzkräfte und Einsatztaktik als konventionell angetriebene Modelle. Dies liegt primär an der Zugänglichkeit der Batteriezellen. In den geschützten Batteriepaketen heizt die brennende Zelle ihre Nachbarzellen auf, bis diese ebenfalls anfangen zu brennen. Brandursachen sind, neben internen Kurzschlüssen, vor allem mechanische Verletzungen der Batterie, etwa dann, wenn sie bei einem Unfall von einem metallischen Gegenstand durchstoßen wird. Wird der aus PP-Folie mit Poren bestehende Separator zwischen den zwei Elektroden beschädigt, verlieren Lithium-Ionen-Batterien ihren integrierten Notschalter und eine exotherme Kettenreaktion, bei der die gesamte Energie in thermischer Form abgegeben wird, kann die Folge sein. Diese Folge, ein sogenannter Thermal Runaway kann nur durch massive, tief eindringende Kühlung aufgehalten oder kontrolliert werden, da etwa das 7- bis 11-Fache der elektrisch gespeicherten Energie in Form von thermischer Energie freigesetzt wird, der Zerfall von eingesetzten Kathodenmaterialien beschleunigt zudem kritische Reaktionsabläufe. Indem Hersteller ihre Elektroautos mit einheitlichen Schutzsystemen ausstatten, können Retter bei ihrem Einsatz unterstützt werden: Wenn die Feuerwehr bei einem Brand oder einem Auffahrunfall erst das Löschsystem identifizieren und nach dem Zugang fürs Wasser suchen muss, geht wertvolle Zeit verloren. Ideal wären einheitliche und sogar automatisch auslösende Systeme.

# Zertifizierung

|  |
| --- |
| **Frage** |
| Laut dem Ecolabel Index, dem weltweit größten Verzeichnis für Umweltsiegel, gibt es derzeit global betrachtet 456 registrierte Ökozertifikate in 199 Ländern und 25 Branchen. Dabei verbirgt sich nicht hinter jedem Nachhaltigkeitslogo ein glaubwürdiges und von unabhängigen Stellen geprüftes Zertifikat. Für Verbraucher ist oftmals nicht ersichtlich, ob es sich bei einem Logo nur um eine Auszeichnung oder tatsächlich um eine Zertifizierung handelt, bei der eine unabhängige Prüfstelle die Einhaltung der Anforderungen eines Nachhaltigkeitssiegels durch ein Unternehmen kontrolliert. **Inwieweit soll der Wildwuchs an Zertifizierung gestoppt werden und gleichzeitig sichergestellt werden, dass insbesondere im Beschaffungswesen eine nachhaltige und transparente Zertifizierung gewährleistet ist?** |
| **Nachfrage** |
| *-* |

|  |
| --- |
| **Hintergrund** |

Zertifizierung ist ein Verfahren, nach dem eine unabhängige Zertifizierungsstelle für eine Einheit schriftlich und öffentlich bestätigt, dass ein Produkt oder ein Prozess oder ein System bestimmte festgelegte Anforderungen erfüllt. Für nachhaltigen Konsum spielt Zertifizierung eine zentrale Rolle, da sie Verbraucher:innen beim Einkauf in Form von Siegeln begegnet. Zusätzlich hat Zertifizierung auch indirekt Auswirkungen auf den Konsum, da sie ein zentraler Indikator für die Überprüfung des Lieferkettengesetzes oder die Regulierung von umweltbezogenen Werbeaussagen ist. Für Verbraucher:innen ist dabei allerdings oft völlig undurchsichtig, wie verlässlich unterschiedliche Zertifizierungen sind oder ob dadurch wirklich nachhaltige Produktion sichergestellt wird. Laut dem Ecolabel Index, dem weltweit größten Verzeichnis für Umweltsiegel, gibt es derzeit global betrachtet 456 registrierte Ökozertifikate in 199 Ländern und 25 Branchen. Dabei verbirgt sich nicht hinter jedem Nachhaltigkeitslogo ein glaubwürdiges und von unabhängigen Stellen geprüftes Zertifikat.

Immer wieder kommt es zu folgenreichen Fehlern bei Zertifizierung, weshalb es für Zertifizierung von Nachhaltigkeit strengeren Regeln bedarf. Eine Akkreditierungspflicht, gesetzliche Mindestkriterien und Haftungsregelungen könnten für mehr Verlässlichkeit sorgen und Verbraucher:innen nachhaltigen Konsum ermöglichen.

# Bioökonomie – Kaskadische Nutzung organischer Abfälle

|  |
| --- |
| **Frage** |
| Organische Abfälle wie Grünschnitt können vielfältig genutzt werden, sei es zur Biogasproduktion oder zur Kompostierung. Nationale Bestrebungen zielen oft darauf ab, zunächst Biogas als Energielieferant zu gewinnen und erst dann den verbleibenden Rest für die Kompostierung und stoffliche Verwertung zu nutzen. Bisher gibt es jedoch keinen klaren rechtlichen Rahmen auf EU-Ebene, der die bevorzugte Nutzung festlegt. Holz ist derzeit der einzige Biomasserohstoff, für den bisher eine nennenswerte Kaskadennutzung umgesetzt ist, wobei dies in besonderem Maße für den Sektor Papier und Zellstoff gilt. Angesichts der Vielseitigkeit organischer Abfälle und der Bedeutung einer nachhaltigen Abfallbewirtschaftung stellt sich die Frage: **Gedenkt die Europäische Kommission, eine kaskadische Nutzung für organische Abfälle einzuführen, so wie dies bei forstlicher Biomasse der Fall ist?** |
| **Nachfrage** |
| - |

|  |
| --- |
| **Hintergrund** |

Die Kaskadennutzung von Biomasse wird in zahlreichen umweltpolitischen Strategien und Programmen als wichtiges Element zur Steigerung der Ressourceneffizienz genannt. Dem Prinzip folgend sollte Biomasse so lange, so häufig und so effizient wie möglich zunächst stofflich genutzt und erst am Ende des Produktlebenszyklus energetisch verwertet werden.

Je mehr sinnvolle Zwischenschritte in die Nutzungskette eingefügt werden, desto besser fällt die schlussendliche Rohstoff- und Flächeneffizienz der Landnutzung aus und das Wertschöpfungspotenzial steigt.

Ein Beispiel: Holz wird dem Wald entnommen und vorerst der stofflichen Nutzung zugeführt, zum Beispiel in Form eines Regals, das nach seiner Verwendung wieder dem Hersteller zur Neuaufarbeitung übergeben und neu verkauft wird. Erst nachdem das Regal mehrmals den Besitzer gewechselt hat, wird der Rohstoff energetisch verwendet.

Holz ist derzeit der allerdings der einzige Biomasserohstoff, für den bisher eine nennenswerte Kaskadennutzung umgesetzt ist. Das dieser Zugang kaskadischer Nutzung auch für andere Stoffe, wie etwa organische Abfälle anwendbar ist, es jedoch keinen rechtlichen Rahmen auf EU-Ebene gibt, ist insofern überraschend, da eine Kaskadennutzung deutliche Vorteile für den Ressourcen- und Klimaschutz mit sich bringt. Durch die Kombination von Vergärungs- und Kompostierungsverfahren wird zum einen Biogas produziert und in Form von Elektrizität oder Wärme oder Biomethan genutzt. Hierdurch könnte etwa der Einsatz fossiler Energieträger vermindert und somit ein Beitrag zur Reduzierung von Treibhausgasen geleistet werden.

# Kohlenstoffabscheidung - Nutzung- und Speicherung

|  |
| --- |
| **Frage** |
| Angesichts der Dringlichkeit, den Klimawandel einzudämmen, hat die Diskussion über Kohlenstoffabscheidung, -nutzung und -speicherung (CCUS) weltweit an Bedeutung gewonnen. CCUS bietet zwar eine Möglichkeit, CO2-Emissionen zu reduzieren, indem es ermöglicht, Kohlenstoff aus industriellen Prozessen und Stromerzeugung zu erfassen und zu speichern. Allerdings sind damit auch diverse Risiken verbunden, insbesondere hinsichtlich möglicher Leckagen und den damit verbundenen Schadstoffeinträgen in Grundwasser und Böden sowie wiederum erhöhten CO2-Werten. **Für welche Sektoren ist angedacht, in einem ersten Schritt CCS verpflichtend einzuführen und wie kann CCS bei der Müllverbrennung angerechnet werden?** |
| **Nachfrage** |
| * Denken Sie, die technischen und rechtlichen Rahmenbedingungen in der Legislaturperiode zu schaffen und welcher Zeitrahmen ist vorgesehen? * Gibt es Überlegungen zur Einführung einer Carbon-Bank als Zwischenschritt, und falls ja, gibt es konkrete Vorstellungen zu deren Funktionalität? * Welche Förderungen sind für die Abscheidungstechnologien vorgesehen? |

|  |
| --- |
| **Hintergrund** |

Die Europäische Kommission hat im Februar 2024 eine umfassende Carbon-Management-Strategie veröffentlicht, die das Ziel verfolgt, CO2-Emissionen durch verschiedene Technologien zu reduzieren, zu speichern (CCS) und zu nutzen (CCS). Die Entwicklung und Integration von CO2-Transportinfrastrukturen ist ebenfalls ein zentraler Bestandteil dieser Strategie, um einen funktionierenden CO2-Markt in Europa zu etablieren. Die EU plant, die CO2-Speicherkapazitäten bis 2030 auf mindestens 50 Millionen Tonnen pro Jahr auszubauen und diese Kapazität bis 2040 und darüber hinaus weiter zu steigern. Trotz der überwiegend positiven Aussagen über die Rolle und Notwendigkeit von CCUS im Strategieplan birgt erhebliche Risiken. So erfordert der Prozess hohe Energiemengen, die die CO2-Bilanz negativ beeinflussen können und möglicherweise mehr Emissionen entstehen, als eingespart werden. Weiters wird gespeichertes CO2 wird oft schnell wieder freigesetzt, insbesondere bei der Verwendung in Düngemitteln und synthetischen Brennstoffen. Zudem besteht die Gefahr von Leckagen und Schadstoffeinträgen in Boden und Grundwasser. Langzeitstudien, die keine Gefährdung für Mensch und Umwelt wissenschaftlich belegen, fehlen.

# Recht auf Reparatur

|  |
| --- |
| **Frage** |
| Die kürzlich erzielte Einigung auf EU-Ebene über das "Recht auf Reparatur" für Alltagsgeräte wie Staubsauger, Waschmaschinen und Handys markiert einen bedeutsamen Schritt im Verbraucher- und Umweltschutz, um Abfall zu vermeiden die Lebensdauer von Produkten zu verlängern und die Wegwerfkultur zu überwinden.  **Welche Überlegungen gibt es aus Sicht des Verbraucherschutzes zu nicht in der EU produzierten Produkten und dem Recht auf Reparatur, um etwa die Entnahme von Akkus oder Batterien anwendbar zu machen und zu gewährleisten?** |
| **Nachfrage** |
| * Für welche Materialien und Produkte können Sie sich eine Umsetzung der Produktspezifischen Vorgaben iZm der Ökodesign-Richtlinie vorstellen? |

|  |
| --- |
| **Hintergrund** |

Das Wegwerfen reparierbarer Waren hat enorme Auswirkungen auf die Umwelt. Die nun im April 2024 verabschiedete Richtlinie „Recht auf Reparatur“ gilt als ein wichtiger Schritt für den Plan der EU, als Teil des europäischen Green Deals bis 2050 eine Kreislaufwirtschaft zu verwirklichen. Ziel der Richtlinie ist die Förderung von nachhaltigerem Konsum, indem die Reparatur defekter Waren erleichtert, Abfall reduziert und der Reparatursektor unterstützt werden. So etwa sind Verkäufer verpflichtet, innerhalb der gesetzlichen Garantiezeit Reparaturen vorzuziehen, wenn diese günstiger oder kostenmäßig gleichwertig zum Austausch sind. Nach einer Reparatur verlängert sich die Garantie um ein Jahr. Verbraucher haben zudem das Recht, nach Ablauf der Garantie Reparaturen für Produkte wie Waschmaschinen, Staubsauger und Smartphones zu verlangen. Zusätzlich wird eine europäische Online-Plattform eingerichtet, um lokale Reparaturwerkstätten zu finden und Ersatzgeräte sollen während der Reparaturdauer leihweise angeboten werden. Diese Richtlinie fördert nachhaltigen Konsum und unterstützt den Übergang zu einer umweltfreundlicheren Wirtschaft, ergänzt durch weitere EU-Vorschriften wie die Ökodesign-Verordnung.

# Emissionshandelsystem ETS – thermische Verwertung und Deponien

|  |
| --- |
| **Frage** |
| Für eine mögliche Aufnahme von Anlagen für die thermische Verwertung von Siedlungsabfällen in das EU-ETS sind die EU-Mitgliedstaaten ab 2024 verpflichtet, Berichte über diesbezügliche Emissionen vorzulegen. Anhand dieser prüft die Europäische Kommission bis Mitte 2026 die Einbeziehung in das EU-ETS ab 2028.  **Gedenken Sie, dass bei einer Aufnahme von thermischer Abfallverwertung auch weitere Abfallbewirtschaftungsverfahren wie Deponien, die Methan- und Stickstoffoxidemissionen in der Union verursachen, in das EU-ETS aufgenommen werden, um Verschiebungen zu verhindern?** |
| **Nachfrage** |
| *-* |

|  |
| --- |
| **Hintergrund** |

Das EU-Emissionshandelssystem (EU-ETS) ist ein wichtiger Baustein des EU-Klimapakets „Fit-for-55“, das darauf abzielt, die Treibhausgasemissionen in der Europäischen Union bis spätestens 2050 auf null zu reduzieren. In diesem System müssen Unternehmen aus energieintensiven Branchen und Stromerzeuger CO2-Zertifikate erwerben, um CO2-Emissionen ausstoßen zu dürfen. Ab 2024 müssen die EU-Mitgliedstaaten einen Bericht über die Emissionen aus der thermischen Verwertung vorlegen. Basierend auf diesen Berichten soll die Europäische Kommission bis Mitte 2026 eine Studie über die generelle Möglichkeit der Einbeziehung der thermischen Verwertung in das EU-ETS ab 2028 unter Berücksichtigung potenzieller Umlenkung auf Deponien und Exporte in Drittländer erstellen - der ursprüngliche Vorschlag der Kommission hatte die Einbeziehung der thermischen Abfallverwertung in das EU-ETS nicht vorgesehen. Um Wettbewerbsverzerrungen zu verhindern, sollte auch die Prüfung zur Aufnahme von Vergärung, Kompostierung, sowie von Deponien erfolgen.

# Vergaberecht in Richtung ESG

|  |
| --- |
| **Frage** |
| Das Vergaberecht steht vor der Herausforderung, Nachhaltigkeitskriterien angemessen zu integrieren. Insbesondere im Kontext eines Billigstbieterprinzips, das nicht im Einklang mit ökologischer Nachhaltigkeit steht, ist eine echte Etablierung eines Bestbieterprinzips notwendig. **Denken Sie an, das Vergaberecht in Richtung ESG abzuändern und dies möglicherweise in der Ökodesign-Richtlinie durch Standards zu verankern?** |
| **Nachfrage** |
| *-* |

|  |
| --- |
| **Hintergrund** |

Die Europäische Union hat mit dem Europäischen Green Deal eine ehrgeizige Strategie vorgelegt, um bis 2050 Klimaneutralität zu erreichen und das Wirtschaftswachstum von der Nutzung fossiler Ressourcen abzukoppeln. Die Richtlinie (EU) 2022/2464 zur Nachhaltigkeitsberichterstattung von Unternehmen trat am 5. Januar 2023 in Kraft und sollte bis Juli dieses Jahres in nationales Recht umgesetzt werden. In Anbetracht dieser zusätzlichen Anforderungen an die Nachhaltigkeitsberichterstattung stehen viele Unternehmen vor neuen Herausforderungen und Möglichkeiten, ökologische, soziale und Governance-Aspekte (ESG) mit ihrer Geschäftstätigkeit in Einklang zu bringen.

Öffentliche Auftraggeber sind wichtige Investoren in Europa, öffentliche Beschaffungen machen

mehr als 16 % des BIP der EU aus, sie sind ein fundamentaler Bestandteil der europäischen Wirtschaft. Seit Gründung der EU ist das öffentliche Auftragswesen kontinuierlich durch Rechtsreformen weiterentwickelt worden.[[1]](#footnote-2) Derzeit bietet sich die Chance, sozial-ökologische Prozesse in der Wirtschaft anzustoßen, nachhaltige Belange stärker in den Mittelpunkt zu rücken und sozial verantwortliches Handeln zu fördern. Durch die Integration ökologischer Kriterien wie Qualität, Transportwege, Lieferzeiten, Umweltaspekte oder alternative Antriebe in das Vergabewesen können positive gesellschaftliche Auswirkungen erzielt werden.

Ein ökologisch verträglicheres öffentliches Auftragswesen bedeutet, dass bei der Vergabe öffentlicher Aufträge eben nicht nur der Preis, sondern auch o.g Kriterien wie berücksichtigt werden. Beschaffungsvorgänge könnten also ein starkes Steuerungsinstrument sein, doch vielen Vergaberechtsexperten ist unklar, wie sie Nachhaltigkeitskriterien richtig messen können.

# Resiliente Abfallwirtschaft

|  |
| --- |
| **Frage** |
| Mit der EU-Taxonomie wird erstmals ein EU-weites Klassifizierungssystem für ökologisch nachhaltige Wirtschaftstätigkeiten geschaffen. Es verfolgt das Ziel, nachhaltige Investitionen auszuweiten, um die Umsetzung des europäischen Green Deals zu unterstützen. Die thermische Abfallverwertung ist bislang nicht als eine nachhaltige wirtschaftliche Tätigkeit im Rahmen der Taxonomie klassifiziert, obwohl das sogenannte „Do No Significant Harm“-Kriterium (DNSH) in allen sechs Umweltzielen der Taxonomie erreicht wird. Dies wiederum könnte zur Folge haben, dass es schwieriger wird, die zur Erreichung der Ziele der Kreislaufwirtschaft notwendigen Investitionen in die thermische Abfallverwertung zu tätigen.  **Wie können sie sicherstellen, dass die thermisch-ökologische Abfallverbrennung zur Diversität und Energiesicherheit Europas beiträgt?** |
| **Nachfrage** |
| - |

|  |
| --- |
| **Hintergrund** |

Die Kombination von Recycling, Verbrennung und Deponierung gewährleistet eine sichere Abfallentsorgung, die Umwelt, Gesundheit und Ressourcen schützt. Müllverbrennungsanlagen sind hierbei besonders wichtig, da sie Abfälle nicht nur beseitigen, sondern auch verwerten, was den Einsatz von Primärrohstoffen reduziert. Da nicht alle Abfälle hochwertig recycelt werden können, ist die thermische Verwertung oft der nachhaltigste Verwertungsweg ist, die zusätzlich eine unterstützende Rolle für das stoffliche Recycling spielt. Durch die Schaffung des Klassifizierungssystems EU-Taxonomie wird festgelegt, welche wirtschaftlichen Aktivitäten als „grün“ anerkannt werden. Unternehmen, die im Einklang mit diesen Taxonomie-Richtlinien agieren, sollen am Finanzmarkt bessere Finanzierungsmöglichkeiten erhalten als jene, die sich nicht daran halten. Es ist erwartbar, dass auch der Zugang zu EU-Fördergeldern an diese Taxonomie-Bestimmungen geknüpft sein wird, um die grüne Transformation zu fördern. Für die Kreislaufwirtschaft ist besonders der Anhang 2 des delegierten Rechtsakts „Taxo4“ relevant. Hier werden die wirtschaftlichen Aktivitäten definiert, die die Kreislaufwirtschaft unterstützen sollen. Die thermische Behandlung von gemischten Siedlungsabfällen wird jedoch nicht als solche Aktivität aufgeführt.

1. Europäisches Parlament. (2023, November). *Vergabe öffentlicher Aufträge*. Europäisches Parlament. <https://www.europarl.europa.eu/factsheets/de/sheet/34/vergabe-offentlicher-auftrage> [↑](#footnote-ref-2)